



Geschäftsbericht 2016

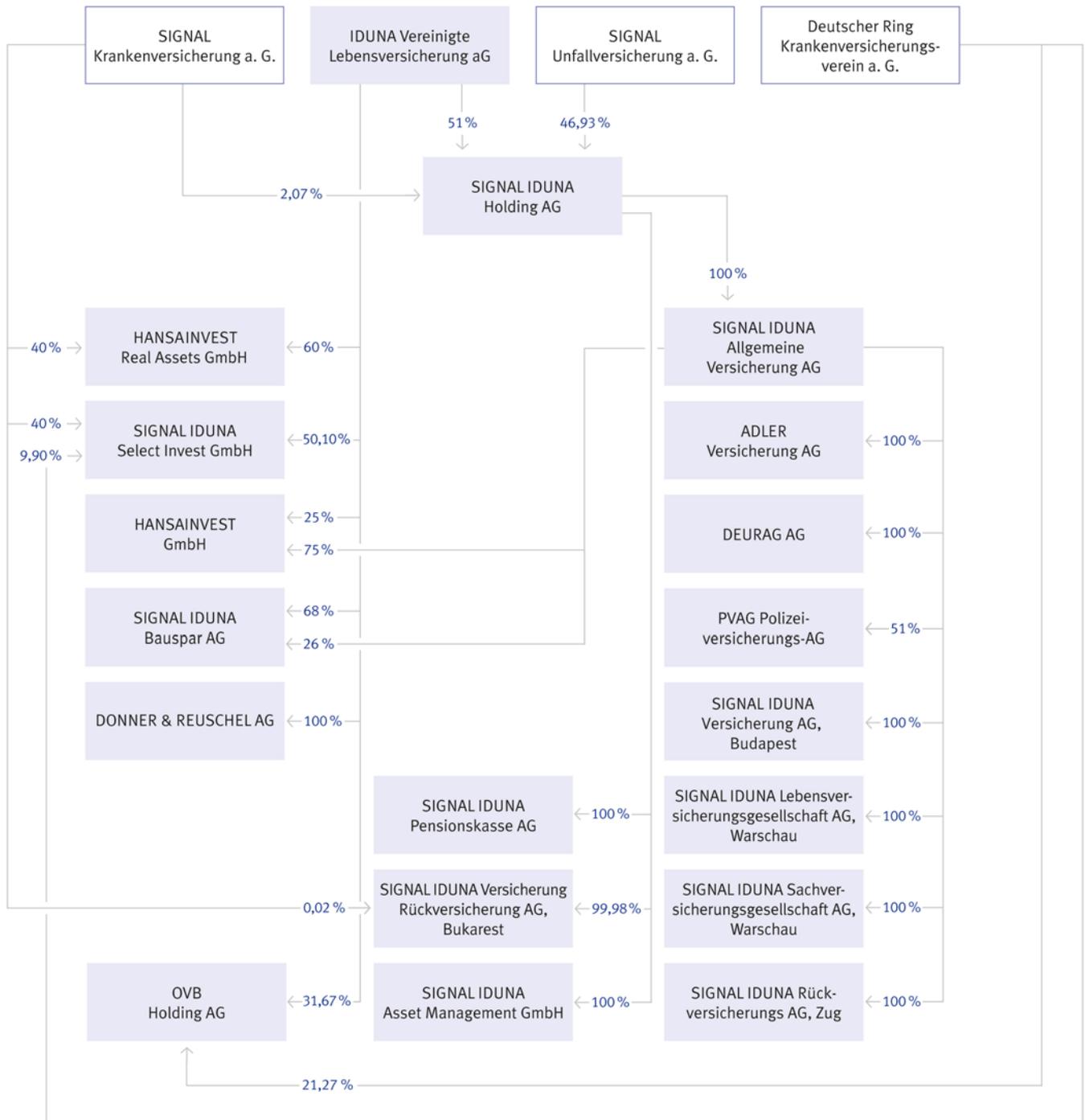
DEURAG Deutsche Rechtsschutz-Versicherung AG

Ein Unternehmen der
SIGNAL IDUNA Gruppe

		2016	2015	2014
Vertragsbestand				
Laufender Beitrag für ein Jahr in der Lebensversicherung	in Mrd. EUR	1,230	1,250	1,274
Selbst abgeschlossene Lebensversicherungsverträge	in Mio.	2,065	2,114	2,192
Versicherte natürliche Personen in der Krankenversicherung **)	in Mio.	2,552	2,575	2,592
Selbst abgeschlossene Schaden- und Unfallversicherungsverträge	in Mio.	8,227	8,238	7,475
Versicherungs- und Sparbeiträge				
	in Mio. EUR			
Lebensversicherung		1.446	1.468	1.650
Krankenversicherung		2.699	2.725	2.728
Schaden- und Unfallversicherung		1.317	1.285	1.234
Rückversicherung		122	120	128
Spar- und Tilgungseingänge im Bauspargeschäft		171	174	165
Netto-Mittelaufkommen im Investmentgeschäft		2.306	3.315	2.397
Leistungen für Versicherungsfälle				
	in Mio. EUR			
Lebensversicherung		1.591	1.765	1.759
Krankenversicherung		2.220	2.165	2.115
Schaden- und Unfallversicherung		887	866	785
Rückversicherung		87	87	96
Assets Under Management				
	in Mio. EUR			
Kapitalanlagen in der Lebensversicherung		21.888	21.248	20.899
Kapitalanlagen in der Krankenversicherung		22.383	21.330	20.358
Kapitalanlagen in der Schaden- und Unfallversicherung		3.259	3.133	3.031
Kapitalanlagen in der Rückversicherung		536	547	506
Baudarlehen und Kapitalanlagen im Bauspargeschäft		930	888	861
Fondsvermögen im Investmentgeschäft *)		10.604	9.254	8.077
Assets Under Management im Bankgeschäft		8.212	8.535	8.504
Mitarbeiter				
Angestellte Mitarbeiter		8.127	8.523	8.718
Haupt- und nebenberufliche Vermittler		27.917	22.296	22.532

*) ohne gruppeneigene Spezialfonds

**) Die Vorjahreszahl wurde aufgrund einer geänderten Zählweise angepasst.



Die farblich hinterlegten Unternehmen gehören zum IDUNA Leben Konzern.

		2012	2013	2014	2015	2016	Veränderung in %
Beitragseinnahmen (brutto)	TEUR	152.474	154.920	158.528	166.044	174.529	+ 5,1
Schadenzahlungen	TEUR	96.991	101.701	110.055	119.242	132.457	+ 11,1
Schadenquote*	%	71,9	68,5	78,9	74,4	77,4	+ 3,0
Aufwendungen für den							
Versicherungsbetrieb (f.e.R.)	TEUR	51.533	51.679	52.105	54.707	54.742	+ 0,1
Kostenquote*	%	33,9	33,0	32,9	33,1	31,6	- 1,5
Anzahl der Verträge	Stück	1.163.964	1.181.455	1.203.899	1.234.052	1.218.523	- 1,3
Anzahl Schadenmeldungen**	Stück	196.046	200.476	201.664	210.834	211.724	+ 0,4
Kapitalanlagen	TEUR	336.285	348.098	362.383	371.326	384.272	+ 3,5
Jahresüberschuss	TEUR	5.861	2.888	1.139	221	97	- 56,2

* in % der verdienten Bruttobeiträge

** Die neue Zählweise ab 2016 wurde auch auf die Vorjahre angewendet.

7	Lagebericht
20	Gewinnverwendungsvorschlag
21	Jahresabschluss
22	Jahresbilanz zum 31. Dezember 2016
24	Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016
	Anhang
28	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
32	Erläuterungen zur Bilanz zum 31. Dezember 2016
40	Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016
42	Entwicklung der Aktivposten A und B im Geschäftsjahr 2016
44	Sonstige Angaben
46	Organe
47	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
49	Bericht des Aufsichtsrates

Lagebericht

Lagebericht

I. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die DEURAG Deutsche Rechtsschutz-Versicherung AG ist der alleinige Rechtsschutzversicherer der SIGNAL IDUNA Gruppe und alleiniger Rechtsschutzpartner der MÜNCHENER VEREIN Versicherungsgruppe. Das Versicherungsgeschäft erstreckt sich ausschließlich auf die Sparte Rechtsschutz und wird über zwei Marken vertrieben. Mit der Marke DEURAG sind wir im Maklervertrieb tätig und mit der Marke ALLRECHT über die Ausschließlichkeitsorganisation der SIGNAL IDUNA Gruppe.

Die DEURAG ist der achtgrößte Rechtsschutzversicherer Deutschlands (Quelle: Statistik der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht – Erstversicherungsunternehmen und Pensionsfonds 2015). Das Geschäft erstreckt sich auf das gesamte Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. Hauptstandorte des Unternehmens sind die Hauptverwaltung in Wiesbaden sowie die Zweigniederlassung in Düsseldorf.

Wie in den Vorjahren war die konjunkturelle Lage Deutschlands auch im Jahr 2016 getragen durch ein kräftiges und gleichmäßiges Wirtschaftswachstum. Nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes steigerte sich das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) gegenüber dem Vorjahr im Jahresdurchschnitt um 1,9 % (2015: +1,7 %). Damit liegt das Wirtschaftswachstum im Jahr 2016 um 0,5 %-Punkte über dem durchschnittlichen Wachstum der vergangenen zehn Jahre von +1,4 %.

Maßgeblich für diese Entwicklung waren zwei Dinge: Die Kaufkraft der privaten Verbraucher und die Ausgaben des Staates. Die Ausgaben der privaten Verbraucher lagen preisbereinigt 2,0 % höher als im Jahr 2015. Das hängt auch damit zusammen, dass das Sparen weiterhin kaum noch mit Zinserträgen belohnt wird. Die staatlichen Ausgaben stiegen sogar noch deutlich stärker um 4,2 %. Dieser Anstieg ist auch auf den Zustrom hunderttausender Schutzsuchender und die damit einhergehenden Kosten zurückzuführen.

Vor diesem Hintergrund waren die staatlichen Haushalte im Jahr 2016 weiter auf Konsolidierungskurs. Hohe Steuereinnahmen und eine niedrige Zinsbelastung bescherten Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen einen erneuten Haushaltsüberschuss. So konnte das Jahr 2016 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes mit einem Überschuss in Höhe von 19,2 Milliarden EUR (2015: 19,4 Milliarden EUR) abgeschlossen werden. Es handelt sich bereits um den dritten Haushaltsüberschuss in Folge.

Hinter der Wirtschaftsleistung Deutschlands standen im Jahresdurchschnitt 2016 annähernd 43,5 Millionen Erwerbstätige. Dies ist der höchste Stand seit 1991. Gegenüber dem Vorjahr waren im Jahr 2016 rund 429.000 bzw. 1,0 % mehr Menschen erwerbstätig. Aufgrund dieser Entwicklung verringerte sich die Arbeitslosenquote um 0,3 %-Punkte von 6,1 % Ende 2015 auf 5,8 % Ende 2016.

Die Inflationsrate betrug 2016 im Jahresdurchschnitt 0,5 % nach 0,3 % im Vorjahr. Die Verbraucherpreise wurden 2016 wie bereits 2015 insbesondere durch die rückläufige Preisentwicklung im Energiesektor beeinflusst. Wegen der geringen Teuerung schlugen die Lohnerhöhungen erneut nahezu vollständig auf die Reallöhne durch. Nach derzeitigen Zahlen ergibt sich für 2016 ein Reallohnplus von 1,8 % gegenüber 2,4 % für 2015.

Um die Inflation auf den Zielwert von 2 % zu erhöhen, verlängerte die Europäische Zentralbank ihr Ankaufprogramm und kauft bis Ende 2017 weiterhin Staatsanleihen und andere Wertpapiere für monatlich etwa 60 Milliarden EUR. Der Leitzins, zu dem sich Geschäftsbanken Zentralbankgeld leihen können, ist seit dem 10. März 2016 unverändert auf dem Rekordtief von 0 %. Für überschüssiges Geld, das Geschäftsbanken bei der Europäischen Zentralbank anlegen, sind weiterhin 0,4 % Strafzinsen zu zahlen. Diese überaus lockere Geldpolitik und das damit verbunden anhaltend niedrige Zinsniveau haben weiterhin deutlich negative Auswirkungen auf die Verzinsung der Kapitalneuanlagen der Versicherungsunternehmen zur Folge.

II. Geschäftsverlauf

Neu- und Erhöhungsgeschäft, Beitragseinnahmen sowie Bestandsentwicklung

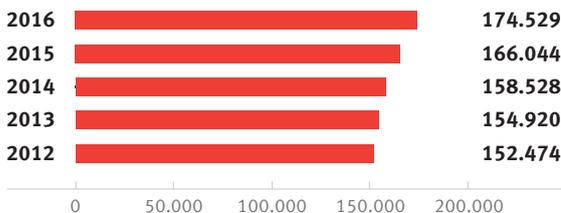
Im Geschäftsjahr 2016 hat sich das Neu- und Erhöhungsgeschäft gegenüber dem Vorjahr um 3.362 TEUR auf 15.043 TEUR verringert (Vorjahr 18.405 TEUR).

In einem nach wie vor durch einen hohen Grad der Marktdurchdringung und intensiven Preiswettbewerb gekennzeichneten Rechtsschutzmarkt ist die Anzahl der Versicherungsverträge von 1.234.052 im Vorjahr um 1,3 % auf 1.218.523 leicht zurückgegangen.

Die Bruttobeitragseinnahmen sind dennoch um 5,1 % auf 174.529 TEUR gestiegen (Vorjahr + 4,7 %). Die positive Beitragsentwicklung der letzten Jahre setzt sich weiter fort. Rückversicherungsbeiträge fielen nicht an.

Gebuchte Bruttobeiträge 2012 – 2016

in TEUR



Aufwendungen für Versicherungsfälle

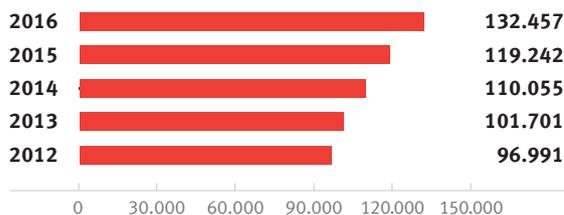
Im Jahr 2016 wurden inklusive der telefonischen Rechtsberatung sowie der Online-Rechtsberatung 211.724 Schäden gemeldet. Gegenüber dem Vorjahr mit 210.834 Schäden (Basis neue Zählweise ab 2016) hat sich die Anzahl der Schadenmeldungen um 0,4 % erhöht.

Die Brutto-Schadenzahlungen einschließlich der Schadenregulierungskosten betragen 132.457 TEUR und liegen damit gegenüber dem Vorjahr um 13.215 TEUR erneut deutlich höher. Hintergrund ist unter anderem die Rechtsprechung zur Kündigung von Darlehensverträgen, die Zweckabschlüsse ermöglichte. Hinzu

kommt eine deutliche Beschleunigung unserer Arbeitsprozesse zur Schadenregulierung, wodurch es in 2016 einen zeitlich begrenzten Zahlungsschub gab.

Schadenzahlungen 2012 – 2016

in TEUR



Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle hat sich um 1.741 TEUR erhöht (Vorjahr Erhöhung um 3.751 TEUR) und beträgt jetzt 271.547 TEUR.

Die bilanzielle Schadenquote erhöhte sich um 3,0 %-Punkte auf 77,4 % (Vorjahr 74,4 %).

Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Die auf die verdienten Brutto-Beiträge bezogene Kostenquote beläuft sich auf 31,6 % und ist damit gegenüber dem Vorjahr um 1,5 %-Punkte gesunken (Vorjahr 33,1 %). Die absoluten Aufwendungen liegen mit 54.742 TEUR lediglich um 35 TEUR über dem Vorjahresbetrag (Vorjahr 54.707 TEUR).

Versicherungstechnisches Ergebnis

Das versicherungstechnische Ergebnis für eigene Rechnung beträgt aufgrund der Entwicklung der Aufwendungen für Versicherungsfälle -15.323 TEUR (Vorjahr -12.050 TEUR) und hat sich damit gegenüber dem Vorjahr um 3.272 TEUR verringert.

Kapitalanlagen

Im Geschäftsjahr 2016 hat sich der Kapitalanlagebestand von 371.327 TEUR um 3,5 % auf 384.272 TEUR erhöht. Die Kapitalanlagen gliedern sich wie folgt:

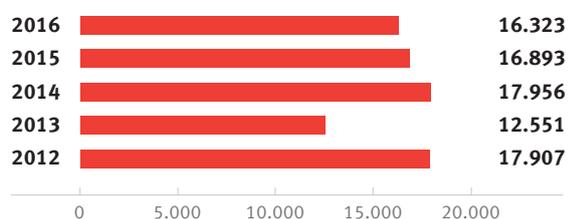
Bestand der Kapitalanlagen

	2016 TEUR	2015 TEUR
Grundbesitz	7.413	7.953
Anteile an verbundenen Unternehmen	50	50
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	241	205
Nicht festverzinsliche Wertpapiere	108.435	103.436
Festverzinsliche Wertpapiere	43.599	32.186
Namenschuldverschreibungen	143.397	156.736
Schuldscheinforderungen/Darlehen	58.821	63.845
Einlagen bei Kreditinstituten	22.300	6.900
Andere Kapitalanlagen	16	16
Gesamt	384.272	371.327

Das Kapitalanlageergebnis für das Jahr 2016 ist mit 16.323 TEUR um 570 TEUR niedriger als im Vorjahr mit 16.893 TEUR. Es beinhaltet Erträge aus Wertpapier-Sondervermögen von 4.564 TEUR (Vorjahr 5.189 TEUR) sowie Erträge aus dem Abgang von Kapitalanlagen von 3.323 TEUR (Vorjahr 2.645 TEUR). Die laufende Durchschnittsverzinsung liegt mit 3,5 % um 0,4 %-Punkte unter dem Vorjahreswert von 3,9 %. Die Nettoverzinsung liegt mit 4,3 % um 0,3 %-Punkte unter dem Vorjahreswert von 4,6 %.

Kapitalanlageergebnis 2012 – 2016

in Mio. EUR

**Gesamtergebnis**

Das positive Ergebnis aus dem nichtversicherungstechnischen Geschäft in Höhe von 15.352 TEUR (Vorjahr 12.431 TEUR) führt insgesamt zu einem Überschuss aus der normalen Geschäftstätigkeit von 29 TEUR (Vorjahr 381 TEUR). Nach Abzug der Steuern verbleibt ein Jahresüberschuss in Höhe von 97 TEUR

(Vorjahr 221 TEUR). Das Ergebnis liegt damit im Rahmen unserer Erwartungen.

Vermögenslage

Zur Stärkung der Eigenmittel im Hinblick auf die gestiegenen aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Kapitalausstattung nach Solvency II wurde zwischen der DEURAG und der SIGNAL IDUNA Allgemeine Versicherung AG, Dortmund, ein Schuldscheindarlehen mit Nachrangvereinbarung über 10.000 TEUR mit einer Laufzeit von 10 Jahren geschlossen. Die Nominalverzinsung des Darlehens beläuft sich auf 3,81 % p.a.

Die Hauptversammlung vom 29. April 2016 hat dem Gewinnverwendungsvorschlag von Vorstand und Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2015 zugestimmt und damit verbunden 200 TEUR den Gewinnrücklagen zugeführt. Die Eigenkapitalquote der DEURAG ist leicht von 15,4 % um 0,4 %-Punkte auf 15,0 % gefallen.

III. Abhängigkeitsbericht

Die SIGNAL IDUNA Allgemeine Versicherung AG, Dortmund, hält 100 % der Anteile unseres Unternehmens.

Die DEURAG hält einen Anteil von 100 % an der ITC Consult GmbH, Wiesbaden. Zwischen beiden Gesellschaften besteht ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag.

Die DEURAG hält ebenfalls einen Anteil von 100 % an der RSS Rechtsschutz-Service GmbH, Wiesbaden. Zwischen beiden Gesellschaften besteht ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag.

Der Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen nach § 312 AktG schließt mit der folgenden Erklärung:

„Unsere Gesellschaft erhielt bei jedem der im Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäfte eine angemessene

Gegenleistung. Maßnahmen auf Veranlassung oder im Interesse eines der herrschenden Unternehmen oder der mit ihnen verbundenen Unternehmen wurden weder getroffen noch unterlassen. Dieser Beurteilung liegen die Umstände zugrunde, die uns zum Zeitpunkt der berichtspflichtigen Vorgänge bekannt waren.“

IV. Risikobericht

Ziele des Risikomanagements

Das Ziel unseres Risikomanagements ist die langfristige Existenzsicherung des Unternehmens und eine damit verbundene ausreichende Eigenmittelausstattung. Um dies zu gewährleisten, gehen wir nur Risiken ein, die wir inhaltlich verstehen, die wir mit angemessenen Methoden bewerten können und für deren operative Steuerung wir über die erforderlichen qualitativen und quantitativen Ressourcen verfügen.

Im Rahmen unserer wert- und risikoorientierten Steuerung ist das bei uns implementierte Risikomanagementsystem darauf ausgerichtet, die Ertragskraft der DEURAG zu sichern und ihren Wert nachhaltig zu steigern. Das Risikomanagementsystem ist integraler Bestandteil aller wesentlichen Steuerungsprozesse.

Geschäftsstrategie und Risikostrategie

Zur Umsetzung der Geschäftsstrategie und der daraus abgeleiteten strategischen Ziele setzt das Unternehmen das Instrument der Balanced Scorecard ein. Im Regelbetrieb der Balanced Scorecard ist das Risikomanagement in alle wesentlichen Prozesse integriert. Das betrifft die Definition der strategischen Zielsetzungen, Bestimmung von Maßnahmen zur Zielerreichung, Festlegung von Messgrößen und das Reporting der Zielerreichung. Die Systematik der auf die Zieldefinitionen abgestimmten Maßnahmen und Messgrößen zeigt die aktuellen Risiken und Chancen der Zielerreichung.

Die Balanced Scorecard wird ferner durch ein Frühwarnsystem ergänzt. Darunter verstehen wir ein Informationssystem zur Aufdeckung latenter Erfolgsgefährdungen im Zeitraum des Planungshorizontes.

Aus der Geschäftsstrategie leiten wir unsere Risikostrategie ab. Sie legt die Leitlinien für den Umgang mit den aus der Geschäftsstrategie ermittelten Risiken fest.

Organisation des Risikomanagements

Die DEURAG ist ein Unternehmen der SIGNAL IDUNA Gruppe. Innerhalb der Gruppe ist ein konsistentes Risikomanagementsystem implementiert, das in einer Risikomanagement-Leitlinie geregelt und dokumentiert ist.

Der Gesamtvorstand der DEURAG trägt die Verantwortung für das Risikomanagementsystem. Er legt die Geschäftsstrategie und die daraus abgeleiteten strategischen Zielsetzungen fest, die über die Balanced Scorecard der DEURAG operationalisiert werden. Der Vorstand trägt ferner die Verantwortung für die aus der Geschäftsstrategie konsistent abgeleitete Risikostrategie.

Die Risikomanagementfunktion deckt die „Unabhängige Risikocontrollingfunktion“ nach § 26 Abs. 8 VAG ab. Sie ist gegenüber dem Gesamtvorstand berichtspflichtig. Die Risikomanagementfunktion trägt keine Verantwortung für Entscheidungen über das Eingehen von Risiken oder den Einsatz der Risikosteuerungsmaßnahmen. Die Aufgabe der Risikokontrolle und der Risikosteuerung sind von einander getrennt. Durch diese Trennung wird sichergestellt, dass keine Interessenkonflikte entstehen (Funktionstrennungsprinzip). Die Risikomanagementfunktion ist in die Prozesse des Ertragsmanagements eingebunden, sodass frühzeitig eine Risiko-Chancen-Betrachtung erfolgt.

Das Management einzelner Risiken und deren Steuerung liegen in der Verantwortung der Risikomanager in den Fachbereichen. Wesentliche Aufgabe der Risikomanager ist die Identifikation der Risiken ihres Verantwortungsbereichs, deren Bewertung und Steuerung sowie die operative Überwachung der Risiken. Die Risikomanager führen pro Quartal Risikoinventuren durch. Die Risikodaten und die eingesetzten Steuerungsmaßnahmen werden in einer zentralen Risikodatenbank dokumentiert.

Wesentliche Elemente des Risikomanagementsystems

Wesentliche Elemente des Risikomanagementsystems sind die Risikoidentifikation, die Risikoanalyse und -bewertung, die Risikosteuerung und -überwachung sowie die Risikoberichterstattung.

Eine zentrale Aufgabe im Rahmen des Risikomanagementprozesses ist die Risikoidentifikation. Die Risikoidentifikation soll gewährleisten, dass alle wesentlichen Risiken durch eine systematische Risikoanalyse erfasst werden. Das Ergebnis der Risikoidentifikation ist das Risikoinventar. Die Risikoinventuren werden quartalsweise durchgeführt. Ferner wird eine jährliche Emerging Risk Inventur durchgeführt.

Im Rahmen der Risikoinventuren erfolgt für alle Einzelrisiken eine Risikoanalyse und -bewertung. Die Bewertung erfolgt durch eine Expertenschätzung hinsichtlich der Eintrittswahrscheinlichkeit und des monetären Schadenvolumens unter Berücksichtigung aller bestehenden Steuerungs- und Kontrollmaßnahmen (Netto-Bewertung). Der Betrachtungshorizont ist ein Jahr. Für die Schätzung des Schadenvolumens erfolgt z. B. eine Angabe der mindestens und maximal zu erwartenden Schadenhöhe. Darüber hinaus werden die Risiken durch die Berechnung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderung sowie mit Hilfe unseres Modells zur unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (ORSA) quantitativ bewertet. In diesem ORSA-Prozess erfolgt zusätzlich eine Analyse der Veränderung des Risikoprofils und der Kapitalanforderung über den Planungszeitraum.

Gegenstand der Risikosteuerung ist die aktive Beeinflussung der im Rahmen der Risikoidentifikation und Risikoanalyse ermittelten Risikoposition. Die Risikosteuerungs- und -kontrollmaßnahmen müssen in Einklang mit den Unternehmenszielen und den daraus abgeleiteten Zielen des Risikomanagements stehen. Die Risikosteuerung liegt in der Verantwortung der Fachbereiche.

Die Risikoüberwachung erfolgt anhand eines Risikotragfähigkeitskonzeptes und eines differenzierten Kennzahlensystems, das kontinuierlich weiter entwickelt wird.

Die von der Risikosteuerung unabhängige Risikokontrolle wird von der Risikomanagementfunktion wahrgenommen.

Zu ihren wesentlichen Aufgaben gehören:

- die Koordination der Abläufe im Risikomanagement,
- die Vorgabe einer Systematik zur Risikoidentifikation, Risikobewertung, Risikodokumentation und Risikoberichterstattung,
- die Durchführung der Identifikation und Bewertung von Risiken auf aggregierter Ebene und die Validierungen der Risikobewertungen,
- die Beurteilung geplanter Strategien, neuer Produkte und des bestehenden Produktportfolios,
- das Vorschlagen und Überwachen von Limits sowie das Auslösen von ad-hoc-Prozessen,
- die Überwachung von Maßnahmen der Risikosteuerung,
- die Koordination der Risikoinventuren,
- die Risikoberichterstattung an die Vorstände,
- die Durchführung der Risikoanalyse bei Ausgliederungen von Unternehmensfunktionen.

Die Risikokontrollfunktion ist ferner zuständig für die Koordination der Berechnung der Solvabilitätskapitalanforderung nach Solvency II (Säule 1 Berechnungen), die Koordination und Durchführung der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (ORSA) und die Erstellung der Berichte hierzu.

Durch eine quartalsweise Berichterstattung der Risikomanagementfunktion an den Vorstand wird für umfassende Transparenz der Risikolage gesorgt. Bei Überschreitung von definierten Limits im Frühwarnsystem oder der erstmaligen Feststellung von Risiken erfolgt eine Sofortberichterstattung an den Gesamtvorstand. Die Berichterstattung zu den Kapitalanlagerisiken

ist Gegenstand einer bestehenden Funktionsausgliederung.

Im abgelaufenen Jahr wurde das Limitsystem sowie der Neue Produkte Prozess (NPP) weiterentwickelt. Operationalisierungen und Veränderungen, die sich hieraus ergeben, werden in 2017 umgesetzt. In 2016 wurde ferner die Quartalsberichterstattung implementiert und die Verzahnung mit dem Unternehmenssteuerungsprozess vertieft. Zur Sicherstellung der Anforderungen an die fachliche Qualifikation wurden auch in 2016 Schulungen für Aufsichtsräte, die Vorstände sowie verantwortliche Personen und Mitarbeiter von Schlüsselfunktionen erfolgreich durchgeführt.

Zu den einzelnen Risikokategorien

Versicherungstechnisches Risiko

Das versicherungstechnische Risiko besteht im Wesentlichen aus dem Prämienrisiko und dem Reserverisiko. Ferner zählen wir das Schadenrisiko sowie das Forderungsausfallrisiko dazu.

Das **Prämienrisiko** bezeichnet das Risiko eines Verlustes oder einer nachteiligen Veränderung des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten, das sich aus Schwankungen in Bezug auf das Eintreten, die Häufigkeit und die Schwere der zukünftigen versicherten Ereignisse ergibt. Das Prämienrisiko wird durch eine Beitragsanpassungsklausel, die Grundlage einer möglichen Anpassung der Prämie an die Schadenentwicklung ist, reduziert. Nahezu der gesamte Vertragsbestand hat eine Beitragsanpassungsklausel vereinbart. Dem Prämienrisiko begegnen wir weiterhin durch eine risikogerechte und auskömmliche Tarifierung, Selbstbeteiligungen, Sanierungen und Produktcontrolling. Ein wesentliches Steuerungselement sind zudem unsere Annahmerichtlinien. Diese beinhalten allgemeine und spezielle Grundsätze der Annahmepolitik. Die Annahmerichtlinien werden jährlich überprüft und gegebenenfalls aktualisiert. Unsere allgemeinen Rechtschutzbedingungen beinhalten Risikoausschlüsse

für Fälle, die wir wegen ihres Risikopotentials nicht versichern. Die Aktualität der Risikoausschlüsse wird regelmäßig überprüft.

Das **Reserverisiko** besteht in dem Risiko eines Verlustes oder einer nachteiligen Veränderung des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten, das sich aus Schwankungen in Bezug auf die Abwicklung eingetretener Schäden ergibt.

In der Schadenanwendung der DEURAG ist eine Bewertungsmethodik implementiert, welche eine Reserve für jeden bekannten Schaden ausweist. Für die unbekanntten Schäden wird die Bedarfsreserve jährlich aktuariell ermittelt. Die Erhöhung der Schadenrückstellung in 2016 beträgt 1,7 Mio. EUR. Die Rückstellung beläuft sich insgesamt auf 271,5 Mio. EUR, was einer Rückstellungsquote von 156,6 % entspricht.

Als **Schadenrisiko** bezeichnet man die Gefahr, dass zufallsbedingt eine höhere Anzahl von Schäden als erwartet eintritt. Ein Unterfall dieses Risikos ist das Kumulschadenrisiko, das spezielle Schäden betrifft. Es handelt sich um solche Schäden, die durch das gleiche Schadenereignis verursacht werden und eine Vielzahl von Versicherungsnehmern betreffen.

Hinsichtlich des Schadenrisikos haben wir verschiedene Steuerungsinstrumente implementiert, die Schadenpräventionsmaßnahmen darstellen. So stellen wir unseren Versicherungsnehmern eine kostenlose und unabhängige telefonische Rechtsberatung zur Verfügung. In Leistungsfällen kann der Versicherungsnehmer auf Rechtsbeistand von unabhängigen Anwälten zurückgreifen.

Die bilanzielle Schadenzahlungsquote beträgt 71,3 %. Sie ist gegenüber dem Vorjahr um 4,4 %-Punkte gestiegen.

	2012	2013	2014	2015	2016
Bilanzielle Schadenquote in %*	71,9	68,5	78,9	74,4	77,4
Abwicklungsquote in %**	3,2	5,6	-1,4	4,3	0,0

	2007	2008	2009	2010	2011
Bilanzielle Schadenquote in %*	70,4	70,8	73,4	72,1	72,4
Abwicklungsquote in %**	-2,8	-4,5	-0,8	-2,9	0,9

* Nettoschadenaufwendungen in % der verdienten Nettobeiträge

** Nettoabwicklungsergebnis in % der Nettoschadenrückstellung des Vorjahres

Das **Stornorisiko** bezeichnet das Risiko eines Verlustes oder einer nachteiligen Veränderung des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten, das sich aus Veränderungen in der Höhe oder in der Volatilität der Storno-, Unterbrechungs- und Verlängerungsraten von Versicherungspolicen ergibt.

Die Überwachung des Stornorisikos erfolgt durch das laufende Bestandscontrolling.

Bezüglich des **Forderungsausfallrisikos** von Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern haben wir durch die Bildung von Wertberichtigungen auf den Forderungsbestand Vorsorge getroffen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden zum Bilanzstichtag 12,8 % (Vorjahr 17,5 %) der aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft resultierenden Forderungen pauschal wertberichtigt.

Marktrisiken

Das Marktrisiko bezeichnet das Risiko, das sich direkt oder indirekt aus Schwankungen in der Höhe bzw. in der Volatilität der Marktpreise für die Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumente ergibt. Es umfasst im Wesentlichen das Verlustrisiko aufgrund von nachteiligen Änderungen von Aktienkursen, Zinsen, Währungskursen, Credit-Spreads sowie von Zeitwerten bei Beteiligungen und Immobilien. Zusätzlich zählt die Marktrisiko-Konzentration zu den wesentlichen Risiken.

Das **Aktienrisiko** bezeichnet das Risiko von Verlusten aus der Sensitivität der Werte von Vermögen, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Marktpreise von Aktien.

Das **Zinsrisiko** bezeichnet das Risiko von Verlusten aus der Sensitivität der Werte von Vermögen, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der risikofreien Zinsstrukturkurve oder in Bezug auf die Volatilität der Zinssätze. Das Zinsrisiko besteht für alle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, deren Marktwert auf eine Änderung der Zinskurve reagiert.

Neben Marktwertverlusten durch einen Zinsanstieg ergibt sich das Risiko auch daraus, dass bei der Neuanlage in Niedrigzinsphasen Zinserträge ggf. nicht mehr ausreichen, um passivseitige Anforderungen zu erfüllen.

Für die Überwachung der Marktrisiken von Aktien und Zinsträgern werden Sensitivitätsanalysen und Stress-tests eingesetzt, welche die Wertveränderung unseres Portfolios in Abhängigkeit zu Marktschwankungen aufzeigen. Hierbei werden u. a. folgende Stressannahmen gesetzt:

- für unsere Aktienbestände Indexschwankungen von +/- 10 % bzw. +/- 20 %

AKTIENÄNDERUNGEN	MARKTVERÄNDERUNGEN AKTIEN
Anstieg um 20 %	4,2 Mio. EUR
Anstieg um 10 %	2,1 Mio. EUR
Rückgang um 10 %	-2,1 Mio. EUR
Rückgang um 20 %	-4,2 Mio. EUR

Die Aktienquote nach Buch- bzw. Anschaffungswerten beträgt zum 31. Dezember 2016 unter Berücksichtigung von Absicherungsgeschäften 7,5 %.

- für unsere Renteninhaberpapiere Veränderungen der Zinsstrukturkurve um +/- 100 Basispunkte bzw. +/- 50 Basispunkte

ZINSÄNDERUNG	MARKTVERÄNDERUNGEN ZINSTRÄGER
+ 100 Basispunkte	-18,0 Mio. EUR
+ 50 Basispunkte	-9,0 Mio. EUR
- 50 Basispunkte	9,0 Mio. EUR
- 100 Basispunkte	18,0 Mio. EUR

Das **Immobilienrisiko** besteht in der Sensitivität der Werte von Vermögen, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Marktpreise von Immobilien.

Immobilienrisiken werden über Anlegerausschüsse und -richtlinien sowie die laufende Überwachung der Objekte durch das Portfolio- und Risikomanagement und deren Bewertung durch neutrale Gutachter kontrolliert.

Die Immobilienquote nach Buch- bzw. Anschaffungswerten beträgt zum 31. Dezember 2016 2,1 %.

Das **Währungsrisiko** bezeichnet das Risiko von Verlusten aus der Sensitivität der Werte von Vermögen, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Wechselkurse. Währungsrisiken ergeben sich zum Beispiel aus der Aufwertung der Inlandswährung bzw. Abwertung der Auslandswährung im Hinblick auf Anlagen, die in Auslandswährungen gehalten werden. Eine Realisierung des Risikos ergibt sich in diesem Fall unter anderem, falls die entsprechende Kapitalanlage veräußert wird oder werden muss oder im Falle der Bilanzierung nach dem strengen Niederstwertprinzip.

Das Währungsrisiko wird anhand des Fremdwährungsexposures nach Absicherung gemessen. Weiterhin wird ein Stresstest durchgeführt, welcher die Wertveränderung des Netto-Fremdwährungsexposures in Abhängigkeit von Währungsschwankungen und die dar-

aus resultierenden Auswirkungen auf die Bedeckung der Gesellschaft aufzeigt.

Per 31. Dezember 2016 betrug das Netto-Fremdwährungsexposure 0,2 % nach Buch- bzw. Anschaffungswerten.

Ein weiterer Bestandteil des Marktrisikos ist das **Spreadrisiko**. Das Spreadrisiko bezeichnet das Risiko von Verlusten aus der Sensitivität der Werte von Vermögen, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder in der Volatilität der Credit-Spreads über der risikofreien Zinskurve. Im Rahmen des Spreadrisikos werden die Auswirkungen der Änderungen von Credit-Spreads gegenüber dem risikolosen Zins auf den Marktwert von Kapitalanlagen unter Kreditrisikoaspekten analysiert. Die Veränderung der Credit-Spreads resultiert aus Bonitätsänderungen der Schuldner sowie Veränderungen der Liquidität und somit der Handelbarkeit der Kapitalanlage. Das Risiko besteht im Werteverfall eines Kredits bzw. in der Möglichkeit, dass sich Verluste in Form von Kreditausfällen oder Ertragsausfällen ergeben.

Das Spreadrisiko wird im Rahmen der regelmäßigen Bewertung der Zinsträger beobachtet und bewertet.

Im Rahmen des implementierten Kreditprozesses erfolgt eine regelmäßige Überwachung der Kreditengagements. Das Emittentenuniversum basiert auf einem internen Scoring-Prozess und definierten Limiten je Emittent. Neue Kreditsegmente und nicht alltägliche Anlagen durchlaufen einen standardisierten Prüfungsprozess.

Die Anlage erfolgt auf Basis des vom Vorstand verabschiedeten internen Anlagekatalogs und unter Berücksichtigung der unternehmensindividuellen Risikotragfähigkeit.

Darüber hinaus bestehen für den Einsatz von speziellen Finanzinstrumenten wie beispielsweise Kredit-

derivate oder strukturierte Produkte innerbetriebliche Richtlinien.

Den Schwerpunkt der Neuanlage in Zinsträger im Direktbestand bildeten Anlagen bei Kreditinstituten guter Bonität. Daneben wurde weiterhin in ausgewählte Staatsanleihen investiert.

Ergänzend erfolgte im Bankensegment die Anlage selektiv in Form von strukturierten Finanzprodukten.

Zwecks Diversifizierung der Geldmarktstrategie vor dem Hintergrund von Negativzinsen für Fest- und Tagesgelder wurden verstärkt kurzlaufende Unternehmensanleihen (Commercial Paper) mit einer Laufzeit von max. sieben Monaten erworben.

Die im Folgenden genannten Quoten wurden auf Basis der Buch- bzw. Anschaffungswerte ermittelt.

Das Bankenexposure bildet mit 67,9 % der Kapitalanlagen weiterhin den Schwerpunkt im Portfolio, wobei hiervon 32,3 % Pfandbriefe sind. Daneben bestehen 53,1 % des Exposures aus erstrangigen Anlagen bei Banken und 4,5 % aus Nachrangtiteln. Die übrigen 10,1 % sind Aktien, Beteiligungen, Festgelder und andere Anlagen.

Die Gesellschaft ist mit 11,3 % in Staatsanleihen exklusive Bund und Länder investiert. Zu den Top-Emittenten gehören Italien mit 3,7 %, Spanien mit 2,2 % und Polen mit 1,9 %.

Der Anteil der Anlagen bei Unternehmen außerhalb des Bankensektors beträgt 10,5 %, davon sind 34,4 % Zinsträger und 65,6 % Aktien bzw. Beteiligungen.

Wie die gesamte Branche wurde auch die DEURAG von den massiven Ratingverschlechterungen im Zuge der Kreditkrise getroffen.

Die eingetretene Trendwende setzt sich fort, hat jedoch noch keine spürbare Verbesserung der Ratings zur Folge.

Das Durchschnittsrating im Bestand der Zinsträger blieb im Jahresverlauf konstant und beträgt zum 31. Dezember 2016 weiterhin A+.

Der Bestand weist folgende Ratingstruktur auf:

	RATINGKLASSE	ANTEIL
Investment Grade	AAA	25,6 %
	AA	18,0 %
	A	20,3 %
	BBB	33,9 %
Non Investment Grade	BB–B	0,4 %
	CCC–D	0,0 %
ohne Rating		1,8 %

Zu den Marktrisiken gehört abschließend die Marktrisikokonzentration. Sie beschreibt zusätzliche Risiken, die entweder durch eine mangelnde Diversifikation des Anlageportfolios oder durch eine hohe Exposition gegenüber dem Ausfallrisiko eines einzelnen Wertpapieremittenten oder einer Gruppe verbundener Emittenten bedingt sind.

Die Marktrisikokonzentration in der Kapitalanlage wird im Rahmen des Risikomanagementprozesses laufend gemessen. In diesem Zusammenhang ist beispielhaft die Schuldnerstruktur im Kreditbereich zu nennen. So machen die zehn größten Emittenten (Emittenten aus demselben Konzern zusammengefasst) im Bestand rd. 36,2 % des gesamten Kapitalanlagenbestandes der Gesellschaft aus.

Ausfallrisiken

Das Ausfallrisiko trägt möglichen Verlusten Rechnung, die sich aus einem unerwarteten Ausfall oder der Verschlechterung der Bonität von Gegenparteien und Schuldern von Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen ergeben.

Das Ausfallrisiko berücksichtigt die risikomindernden Verträge wie Rückversicherungsvereinbarungen, Verbriefungen und Derivate sowie Forderungen gegenüber Vermittlern und alle sonstigen Kreditrisiken, die im Spreadrisiko nicht abgedeckt sind.

Operationale Risiken

Das operationale Risiko betrifft die Qualität und Effizienz der Organisation, der funktionalen Abläufe, des Personals, der Technik und der Kontrolle und beschreibt das Verlustrisiko, das sich aus der Unangemessenheit oder dem Versagen von internen Prozessen, Mitarbeitern, der Systeme oder durch externe Ereignisse ergibt. Das Rechtsrisiko ist ein Bestandteil des operationalen Risikos.

Große Bedeutung im Rahmen dieser Risikokategorie haben die **IT-Risiken**, da alle wesentlichen Geschäftsprozesse und Aufgaben des Versicherungsbetriebes durch Informationstechnik (IT) unterstützt werden. Die ITC Consult GmbH, Wiesbaden, eine 100%ige Tochtergesellschaft der DEURAG, betreibt und administriert die gesamte IT-Infrastruktur für das Unternehmen. Um IT-Risiken entgegenzuwirken, sind grundsätzlich alle technischen Einrichtungen, soweit sie interner Natur sind, redundant ausgelegt. Die gesamte IT-Technik ist auf zwei Standorte verteilt, die jeweils über eigene Anbindungen an die Außenwelt eigenständig arbeitsfähig sind. Die Rechenzentren kommunizieren miteinander, spiegeln die essentiellen Unternehmensdaten und sind wiederum redundant mit den Anwendern verbunden.

Das IT-Sicherheitskonzept der ITC Consult GmbH beschreibt die realisierte IT-Architektur und die technischen und organisatorischen Abläufe zur Gewährleistung eines sicheren Betriebes der IT. Es werden dabei die vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) bekannten Grundschutzwerte der Vertraulichkeit, Integrität, Authentizität und Verfügbarkeit als Prüfmaßstab verwendet. Basis des Sicherheitskonzepts ist eine IT-Sicherheitsrichtlinie, welche die Regelungen zum sicheren Betrieb von IT-Verfahren und IT-Systemen enthält. Notfallübungen werden regelmäßig durchgeführt.

Das **Compliance-Risiko** ist das mit der Nichteinhaltung von gesetzlichen Bestimmungen, Vorschriften und regulatorischen Standards sowie weiterer wesent-

licher in der Regel von Unternehmen selbst gesetzter Richtlinien und Anforderungen verbundene Risiko. Die Auswirkungen dieses Risikos umfassen finanzielle Schäden, Strafen und Bußgelder, Sanktionen der Aufsichtsbehörde, Reputationsschäden und individuelle Risiken der Organmitglieder. Die Compliance-Grundsätze der DEURAG sind in der Compliance-Leitlinie geregelt. Die Compliance-Funktion stellt eine der nach Solvency II geforderten vier Schlüsselfunktionen dar. Sie ist im Compliance-Komitee des Konzerns vertreten, wo die Aktivitäten im Bereich Compliance gesteuert werden. Sie unterstützt Mitarbeiter, Führungskräfte und Vorstand bei der Umsetzung der in der Compliance-Leitlinie festgelegten Grundsätze.

Das **Prozessrisiko** bezeichnet Risiken, die aufgrund fehlgeschlagener Prozesse direkt oder indirekt zu Verlusten führen, vor allem im Falle von Prozessen mit Kontakt zu Kunden oder Geschäftspartnern. Den Prozessrisiken wird im Rahmen des Internen Kontrollsystems begegnet. Die Prozessrisiken der einzelnen organisatorischen Einheiten werden identifiziert und Maßnahmen zur Risikominderung werden definiert.

Rechtsrisiken bezeichnen Risiken von Verlusten aufgrund von Änderungen des durch die Rechtsprechung vorgegebenen Rahmens sowie durch Änderungen in der Gesetzgebung. Den Rechtsrisiken begegnen wir dadurch, dass sämtliche Veränderungen in den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen, soweit diese eine erhebliche Bedeutung für unser Unternehmen haben können, einer ständigen Beobachtung unterliegen.

Sonstige Risiken

Unter **Liquiditätsrisiken** verstehen wir die Gefahr, unseren Zahlungsverpflichtungen nicht jederzeit nachkommen zu können. Diese werden durch den Einsatz von Finanzplanungsinstrumenten begrenzt, welche zur Abstimmung des Kapitalanlagebestandes, der laufenden Zahlungsströme und der versicherungstechnischen Verpflichtungen eingesetzt werden. Es stehen jeder Zeit ausreichende, kurzfristig liquidierbare Kapital-

anlagen zur Verfügung. Aktuell sehen wir kein wesentliches Liquiditätsrisiko für die Gesellschaft.

Das **Reputationsrisiko** ist das Risiko, das sich aufgrund einer möglichen Beschädigung des Rufes des Unternehmens ergibt. Dieses Risiko kann durch eine Verschlechterung des Renommées oder des Gesamteindrucks infolge einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit (z. B. bei Kunden, Geschäftspartnern, Aktionären, Behörden) entstehen. Ebenso wie das strategische Risiko ist das Reputationsrisiko ein Risiko, das in der Regel in Wechselwirkung mit anderen Risiken auftritt. Schäden oder Verluste realisieren sich im Blickwinkel anderer Risiken.

Die öffentliche Wahrnehmung unseres Unternehmens beobachten wir zum Beispiel mithilfe eines regelmäßig erstellten Pressespiegels, durch Vermittler-Befragungen und durch ein Social-Media-Monitoring. Zur Steuerung der Risiken aus einer negativen öffentlichen Darstellung betreiben wir eine zentralisierte proaktive Pressearbeit.

Beim **strategischen Risiko** handelt es sich um „negative Veränderungen im Unternehmenswert“ als Folge von strategischen Entscheidungen und deren Umsetzung. Strategische Risiken sind Risiken der Unternehmensstrategie und der (im Rahmen der Balanced Scorecard definierten) strategischen Ziele.

Diese Risikokategorie weist einige Besonderheiten im Vergleich zu den anderen Risikokategorien auf. Strategische Risiken sind umfangreich, sehr komplex und miteinander vernetzt. Sie haben in der Regel Wechselbeziehungen zu anderen Risiken, wie etwa dem versicherungstechnischen Risiko. Das bedeutet, Fehler in der Strategiefindung wirken auf das versicherungstechnische Ergebnis.

Wir handhaben diese Risiken mit bestimmten organisatorischen und prozessualen Maßnahmen im Rahmen des jährlichen Planungsprozesses der Balanced Scorecard.

Zusammenfassung der Risikolage

Derzeit sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand des Unternehmens gefährden könnten. Es besteht eine ausreichende Bedeckung des Sicherungsvermögens. Die aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen nach Solvency II wurden im gesamten Geschäftsjahr erfüllt.

V. Ausblick

Hinsichtlich der Beitragsseite haben wir im abgelaufenen Geschäftsjahr erneut die Kalkulationsgrundlagen unserer Tarife überprüft und entsprechende Anpassungen im Neugeschäftstarif zum 1. Oktober 2016 vorgenommen. Darüber hinaus wurden im Bestand die Treuhänderempfehlungen umgesetzt.

Für das Geschäftsjahr 2017 planen wir weitere Produktmodifikationen. Wir werden das Portfoliomanagement weiter personell ausbauen und konsequent an der mittelfristigen strategischen Planung ausrichten. Ziel ist eine stärkere Fokussierung auf ein risiko-adäquates Pricing. Die notwendigen Maßnahmen werden durch Ergebnisse aus unserem Risikomodell zur Tarifmodellierung unterstützt.

Im Altbestand werden *loss leader* identifiziert. Es wird geprüft, ob auf Basis dieser Erkenntnisse Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden können. Parallel dazu beginnen wir ab 2017, jährlich eine Bestands-simulation durchzuführen, die die zu erwartenden Beiträge und Schadenaufwendungen über mehrere Jahre in die Zukunft projiziert. Zudem werden die einzelnen Tarife und Tarifvarianten hinsichtlich ihrer Profitabilität bewertet. Hieraus werden weitere Erkenntnisse für das Portfoliomanagement und künftige Produktentwicklungen gewonnen. Es wird geprüft, ob sich aus den Erkenntnissen Maßnahmen ableiten lassen, die die Ertragskraft des Bestandes verbessern.

Im Bereich Schadenmanagement ist eine Kooperationsvereinbarung mit einem Anwaltsnetzwerk geschlossen worden. In 2017 ist ein weiterer Ausbau der Zusammenarbeit geplant.

Mit einem Inkassodienstleister wurde eine Pilotphase initiiert, um unser Forderungsmanagement aktiv voranzutreiben.

Um die Schadenrückzahlungen nachhaltig zu steigern, sollen die diesbezüglichen Prozesse neugestaltet und optimiert werden.

Zur Entlastung unserer Kostenseite haben wir einen strikten Zentralisierungskurs eingeschlagen. Dies bedeutet, dass bis Ende 2017 die dezentral organisierten Innendienstfunktionen der Filialdirektionen sukzessive nach Wiesbaden verlagert werden. In 2017 werden in diesem Zusammenhang die verbliebenen dezentralen Büros in Berlin, Dortmund, Hamburg und Köln geschlossen.

Die Zentralisierung betrifft auch die Marke ALLRECHT und damit verbunden unsere Zweigniederlassung in Düsseldorf. Bis Ende 2017 wird der Standort Düsseldorf aufgegeben und die Geschäftsvorfälle von Wiesbaden aus bearbeitet. Vor diesem Hintergrund sind die heute noch getrennten Bestandsführungssysteme auf eine einheitliche Verwaltungsplattform zu stellen. Das eigenentwickelte DEURAG-Bestandsverwaltungssystem wird dabei zum führenden System.

Für den beschriebenen Zentralisierungsprozess hat unser Unternehmen in den vergangenen Bilanzierungszeiträumen 2015 sowie 2016 die notwendige finanzielle Vorsorge durch Bildung entsprechender Rückstellungen getroffen.

Im Ergebnis rechnen wir für die kommenden Jahre mit deutlichen Einsparungen sowohl bei den Personal- als auch bei den Sachkosten.

Hinsichtlich der Kapitalanlagen erwarten wir für die nächsten Jahre ein weiterhin schwieriges Kapitalmarktumfeld verbunden mit einem etwa gleichbleibend niedrigen Zinsniveau. Das niedrige Zinsniveau wird insbesondere eine weitere Reduzierung der laufenden Durchschnittsverzinsung unserer Kapitalanlagen be-

deuten. Dagegen wird nach unseren Prognoserechnungen das absolute Kapitalanlageergebnis in etwa unverändert bleiben, da die Summe unserer Kapitalanlagen entsprechend steigen wird. Nicht zuletzt wegen der weiter verschärften Eigenkapitalanforderungen nach Solvency II ist eine Risikoerhöhung zur Stärkung der Kapitalerträge nur in engen Grenzen sinnvoll und möglich.

VI. Prognose

Das Wachstum der verdienten Beiträge für eigene Rechnung beträgt für das Geschäftsjahr 2016 4,9 % (Prognose 2016: +3,9 %). Für das laufende Geschäftsjahr 2017 erwarten wir eine geringere Steigerung von 1,9 %.

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle betragen für das Geschäftsjahr 2016 134,2 Mio. EUR (Prognose 2016: 127,8 Mio. EUR). Zu den Ursachen verweisen wir auf die Darstellung zum Geschäftsverlauf. Nach unserer Prognose werden sich diese in 2017 auf 129,9 Mio. EUR belaufen.

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb sind mit 54,7 Mio. EUR im abgelaufenen Geschäftsjahr gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben. Die Quote der Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb zu den verdienten Bruttobeiträgen ist in diesem Zusammenhang von 33,1 % um 1,5 % Punkte auf 31,6 % gesunken (Prognose 2016: 31,4 %). Für 2017 erwarten wir Aufwendungen von 55,3 Mio. EUR, was einer in etwa unveränderten Quote von 31,3 % entspricht.

Es ist Ziel der DEURAG, die Combined Ratio nachhaltig zu senken. Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat sich diese vor dem Hintergrund der geschilderten wirtschaftlichen Entwicklung dennoch von 107,5 % um 1,5 %-Punkte auf 109,0 % erhöht (Prognose 2016: 106,2 %). Für Ende 2017 prognostizieren wir einen Wert von 104,8 %.

Das Kapitalanlageergebnis war für 2016 mit 12,0 Mio. EUR prognostiziert. Aufgrund erhöhter Fondsausschüttungen sowie von Abgangserträgen haben wir ein Kapitalanlageergebnis von 16,3 Mio. EUR erwirtschaftet. Ohne entsprechende Erträge wird unser Kapitalanlageergebnis in 2017 voraussichtlich 11,3 Mio. EUR betragen.

Das sonstige Ergebnis lag in 2016 bei -1,0 Mio. EUR (Prognose 2016: -1,3 Mio. EUR). Für 2017 erwarten wir das sonstige Ergebnis mit -1,1 Mio. EUR leicht negativ.

Der Jahresüberschuss 2016 entspricht mit 0,1 Mio. EUR der Prognose. In 2017 werden wir nach derzeitigem Stand einen Jahresüberschuss von 1,4 Mio. EUR erzielen.

VII. Gewinnverwendungsvorschlag

EUR

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen der Hauptversammlung vor, den Jahresüberschuss von 96.738,40 EUR zuzüglich des Gewinnvortrages von 70.336,21 EUR wie folgt zu verwenden:

Vorschlag zur Ergebnisverwendung

Zuführung zu den Gewinnrücklagen	100.000,00
Vortrag auf neue Rechnung	67.074,61

Jahresabschluss

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2016

Aktivseite

	EUR	EUR	EUR	2016 EUR	2015 EUR
A. Immaterielle Vermögensgegenstände					
I. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			1.781.443,00		2.690.964,00
II. Geleistete Anzahlungen			690.042,63		25.334,81
				2.471.485,63	2.716.298,81
B. Kapitalanlagen					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			7.412.574,95		7.952.984,10
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		50.000,00			50.000,00
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen		240.901,52			205.013,31
			290.901,52		255.013,31
III. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		108.435.530,31			103.435.546,23
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		43.599.077,95			32.185.653,98
3. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	143.396.668,46				156.736.315,28
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	58.821.171,43				63.844.537,33
		202.217.839,89			220.580.852,61
4. Einlagen bei Kreditinstituten		22.300.000,00			6.900.000,00
5. Andere Kapitalanlagen		16.050,00			16.050,00
			376.568.498,15		363.118.102,82
				384.271.974,62	371.326.100,23
C. Forderungen					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:					
1. Versicherungsnehmer		5.261.926,65			3.475.025,30
2. Versicherungsvermittler		96.641,66			100.622,55
davon:			5.358.568,31		3.575.647,85
an verbundene Unternehmen:					
0,00 EUR (Vorjahr: 0,00 EUR)					
II. Sonstige Forderungen			1.463.345,43		2.024.506,05
davon:				6.821.913,74	5.600.153,90
an verbundene Unternehmen:					
0,00 EUR (Vorjahr: 9.255,69 EUR)					
D. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Sachanlagen und Vorräte			314.921,29		320.321,85
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			3.292.824,84		4.774.984,08
				3.607.746,13	5.095.305,93
E. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			3.619.728,33		3.954.635,57
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			86.989,91		125.963,49
				3.706.718,24	4.080.599,06
Summe der Aktiva				400.879.838,36	388.818.457,93

Passivseite

	EUR	EUR	2016 EUR	2015 EUR
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital		29.093.000,00		29.093.000,00
II. Kapitalrücklage		9.732.074,73		9.732.074,73
III. Gewinnrücklagen				
1. gesetzliche Rücklage	204.516,75			204.516,75
2. andere Gewinnrücklagen	20.771.675,25			20.571.675,25
		20.976.192,00		20.776.192,00
IV. Bilanzgewinn		167.074,61		270.336,21
davon:			59.968.341,34	59.871.602,94
Gewinnvortrag: 70.336,21 EUR (Vorjahr: 48.984,71 EUR)				
B. Nachrangige Verbindlichkeiten				
I. Nachrangige Darlehen			10.000.000,00	0,00
davon:				
gegenüber verbundenen Unternehmen: 10.000.000,00 EUR (Vorjahr: 0,00 EUR)				
C. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	40.371.593,66			39.221.038,91
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00			0,00
		40.371.593,66		39.221.038,91
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	271.547.061,00			269.806.380,00
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00			0,00
		271.547.061,00		269.806.380,00
III. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen		303.000,00		286.000,00
			312.221.654,66	309.313.418,91
D. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		2.771.798,00		3.784.290,00
II. Steuerrückstellungen		0,00		110.000,00
III. Sonstige Rückstellungen		6.795.433,73		7.120.915,50
			9.567.231,73	11.015.205,50
E. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:				
1. Versicherungsnehmern	1.318.915,93			1.239.032,75
2. Versicherungsvermittlern	3.162.867,47			3.023.026,96
davon:		4.481.783,40		4.262.059,71
gegenüber verbundenen Unternehmen: 158.623,96 EUR (Vorjahr: 223.269,05 EUR)				
II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		3.118,94		0,00
III. Sonstige Verbindlichkeiten		4.615.628,54		4.331.387,09
davon:			9.100.530,88	8.593.446,80
aus Steuern: 2.916.115,18 EUR (Vorjahr 2.773.943,17 EUR)				
im Rahmen der sozialen Sicherheit: 28.700,00 (Vorjahr: 40.700,00 EUR)				
gegenüber verbundenen Unternehmen: 1.151.815,46 EUR (Vorjahr 914.093,83 EUR)				
F. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			22.079,75	24.783,78
Summe der Passiva			400.879.838,36	388.818.457,93

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

Posten			2016	2015
	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	174.529.107,40			166.043.859,51
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	0,00			0,00
		174.529.107,40		166.043.859,51
c) Veränderung der Beitragsüberträge	-	1.150.554,75	-	707.731,62
			173.378.552,65	165.336.127,89
2. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			255.295,79	311.929,35
3. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	- 132.457.128,34			- 119.241.743,24
bb) Anteil der Rückversicherer	0,00			0,00
		- 132.457.128,34		- 119.241.743,24
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	- 1.740.681,00			- 3.751.499,00
bb) Anteil der Rückversicherer	0,00			0,00
		- 1.740.681,00		- 3.751.499,00
			- 134.197.809,34	- 122.993.242,24
4. Veränderung der sonstigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen			- 17.000,00	2.000,00
5. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	- 54.741.846,82			- 54.707.300,03
b) davon ab:				
erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen				
aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		0,00		0,00
			- 54.741.846,82	- 54.707.300,03
6. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			- 15.322.807,72	- 12.050.485,03

Posten

Posten	2016	2015
EUR	EUR	EUR
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung		
1. Erträge aus Kapitalanlagen:		
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	507.167,41	507.220,74
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	13.472.407,06	14.419.114,33
	13.979.574,47	14.926.335,07
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	3.322.631,35	2.644.923,01
c) Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	100.605,81	105.581,98
	17.402.811,63	17.676.840,06
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen		
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	– 500.820,84	– 468.169,40
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	– 578.722,43	– 276.900,27
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	0,00	– 38.700,00
	– 1.079.543,27	– 783.769,67
	16.323.268,36	16.893.070,39
3. Sonstige Erträge		2.292.861,22
	2.081.180,07	
4. Sonstige Aufwendungen		– 6.754.529,36
	– 3.052.515,50	– 4.461.668,14
	– 971.335,43	
5. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		380.917,22
	29.125,21	
6. Außerordentliche Aufwendungen		– 53.330,00
	– 53.330,00	
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		20.882,85
	154.144,90	
8. Sonstige Steuern		– 127.118,57
	– 33.201,71	– 106.235,72
	120.943,19	
9. Jahresüberschuss		221.351,50
	96.738,40	
10. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		1.148.984,71
	270.336,21	
11. Einstellung in Gewinnrücklagen		– 1.100.000,00
	– 200.000,00	
12. Bilanzgewinn		270.336,21
	167.074,61	

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen aufgestellt.

Am 1. Januar 2016 trat die Novelle des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) in Kraft. Alle Verweise auf VAG-Paragraphen beziehen sich auf die nach dem 31. Dezember 2015 gültige Fassung.

Um die Übersichtlichkeit bei den Tabellen im Lagebericht und im Anhang zu verbessern, werden die Daten des Jahresabschlusses, die auf einer höher verdichteten Ebene dargestellt werden, jeweils kaufmännisch auf- oder abgerundet.

Immaterielle Vermögensgegenstände

Die immateriellen Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten bewertet. Die linearen Abschreibungen erfolgen planmäßig über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit einem Nettowert von über 150 EUR bis 410 EUR werden sofort voll abgeschrieben.

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Die Bilanzierung erfolgt zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen. Außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert erfolgen bei einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung.

Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Anteile an verbundenen Unternehmen werden mit den Anschaffungskosten angesetzt, die gemäß dem gemilderten Niederstwertprinzip gegebenenfalls um außerplanmäßige Abschreibungen vermindert werden.

Ausleihungen an verbundene Unternehmen

Die Ausleihungen an verbundene Unternehmen werden mit den Anschaffungskosten abzüglich geleisteter Tilgungen angesetzt.

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Grundsätzlich werden Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere zu Anschaffungskosten bilanziert und unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips bewertet.

Von der Möglichkeit des § 341b Abs. 2 zweiter Halbsatz HGB (Bewertung bestimmter Kapitalanlagen nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften) wird für ausgewählte Anteile oder Aktien an Investmentvermögen Gebrauch gemacht. Eine außerplanmäßige Abschreibung ist gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB vorzunehmen, wenn eine voraussichtlich dauerhafte Wertminderung vorliegt. Eine Wertminderung wird als dauerhaft angesehen, wenn der Zeitwert des deklarierten Bestandes in den dem Bilanzstichtag vorangehenden sechs Monaten permanent um mehr als 20 % unter dem Buchwert liegt.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere mit Kuponzahlungen werden zu Anschaffungskosten – zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation einer Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag unter Anwendung der Effektivzinsmethode – bilanziert und unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips bewertet.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere mit Kuponzahlung werden beginnend mit dem 1. Januar 2016 wie Schuldscheinforderungen und Darlehen analog § 341c Abs. 3 HGB bilanziert.

Zero-Inhaberschuldverschreibungen und Commercial Paper werden zu Anschaffungskosten zuzüglich der jeweils aufgrund der kapitalabhängigen Effektivzinsberechnung ermittelten zeitanteiligen Zinsforderungen bilanziert und unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips bewertet.

Von der Möglichkeit des § 341b Abs. 2 zweiter Halbsatz HGB (Bewertung bestimmter Kapitalanlagen nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften) wird für ausgewählte Inhaberschuldverschreibungen Gebrauch gemacht. Eine außerplanmäßige Abschreibung ist gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB vorzunehmen, wenn eine voraussichtlich dauerhafte Wertminderung vorliegt.

Sonstige Ausleihungen

Bei Anschaffung der Namensschuldverschreibungen werden die Nennwerte aktiviert. Die Unterschiedsbeträge zu den hingegebenen Beträgen werden aktivisch und passivisch abgegrenzt. Außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert erfolgen bei einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung.

Bei Schuldscheinforderungen und Darlehen werden die Anschaffungskosten zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation einer Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag unter Anwendung der Effektivzinsmethode angesetzt. Das Ausfallrisiko wird durch Einzelwertberichtigungen und außerplanmäßige Abschreibungen berücksichtigt.

Zero-Namensschuldverschreibungen und Zero-Schuldscheindarlehen werden mit ihren Anschaffungskosten zuzüglich der jeweils aufgrund der kapitalabhängigen Effektivzinsberechnung ermittelten zeitanteiligen Zinsforderungen bilanziert.

Strukturierte Produkte und die darin enthaltenen Optionen oder Verpflichtungen werden einheitlich bilanziert. Die Bewertung erfolgt entsprechend der Bewertung der anderen Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie übrigen Ausleihungen.

Einlagen bei Kreditinstituten

Die Bilanzierung der Festgelder wird zu Nominalwerten vorgenommen.

Andere Kapitalanlagen

Es handelt sich um Genossenschaftsanteile, die zu Anschaffungskosten bilanziert werden.

Forderungen

Forderungen werden mit dem Nennbetrag abzüglich geleisteter Tilgungen angesetzt.

Im Einzelnen gilt dies für:

- Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft
- Sonstige Forderungen.

Das Ausfallrisiko der Forderungen wird durch Einzel- und Pauschalwertberichtigungen berücksichtigt. Die Einzel- und Pauschalwertberichtigungen werden jeweils aktivisch abgesetzt.

Pauschalwertberichtigungen zu den Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer werden unter Berücksichtigung der in der Vergangenheit gewonnenen Erfahrungen vorgenommen. Die Pauschalwertberichtigungen beziehen sich auf voraussichtlich ausfallende Forderungen auf laufende Beiträge und auf Gebühren.

Sachanlagen und Vorräte

Sachanlagen werden mit den Anschaffungskosten abzüglich linearer Abschreibungen, die planmäßig über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer erfolgen, bewertet. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit einem Nettowert von über 150 EUR bis 410 EUR werden sofort voll abgeschrieben.

Die Vorräte werden zu Anschaffungskosten bewertet.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestände werden zum Nennwert bilanziert.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die noch nicht fälligen Zinsen und sonstigen Rechnungsabgrenzungsposten werden zeitanteilig, die Agiobeträge aus Namensschuldverschreibungen nach der Effektivzinsmethode ermittelt.

Aktive latente Steuern

Latente Steuern werden nicht ausgewiesen, da der bestehende Aktivüberhang in Ausübung des Wahl-

rechts des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB bilanziell nicht angesetzt wird.

Die aktiven latenten Steuern beruhen im Wesentlichen auf temporären Differenzen im Bereich der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle. Bei der Ermittlung der latenten Steuern wird ein Steuersatz von 31,33 % zugrunde gelegt.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Die Bewertung der nachrangigen Verbindlichkeiten erfolgt zum Nennwert.

Beitragsüberträge

Die Beitragsüberträge werden grundsätzlich vertragsweise nach dem pro-rata-temporis-Verfahren berechnet. Bei der Ermittlung der übertragsfähigen Beitragsanteile wird das Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 30. April 1974 beachtet.

Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle enthält die Rückstellung für bekannte Versicherungsfälle, die Spätschadenrückstellung und die Rückstellung für Schadenregulierungsaufwendungen.

Die Bildung der Schadenrückstellung erfolgt pro Ereignisjahr getrennt für Geschäftsjahresschäden, bereits gemeldete Spätschäden und noch zu erwartende Spätschäden.

Die Rückstellung für bereits bekannte Schäden, d. h. für Geschäftsjahresschäden und gemeldete Spätschäden, wird grundsätzlich auf individueller Grundlage ermittelt. Dabei werden Erfahrungswerte aufgrund historischer Schadenentwicklungen berücksichtigt.

Die Rückstellung für alle noch nicht bekannten Schäden, d. h. für noch zu erwartende Spätschäden, wird pauschal berechnet.

Die Berechnung der Rückstellung für interne Schadenregulierungsaufwendungen erfolgt gemäß dem koordinierten Ländererlass vom 2. Februar 1973. Die Rückstellung für externe Schadenregulierungskosten wird stückkostenabhängig ermittelt.

Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen

Die Berechnung der Schwankungsrückstellung erfolgt entsprechend der Anlage zu § 29 RechVersV. Im Geschäftsjahr ist ein Ansatz nicht erforderlich.

Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen

Die Stornorückstellung wegen Fortfalls oder Verminderung des technischen Risikos wird in Höhe der mutmaßlich zurück zu gewährenden Beiträge gebildet.

Andere Rückstellungen

• Pensionsrückstellungen

Für die Bewertung werden als Rechnungsgrundlagen die biometrischen Grundwerte aus den Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck verwendet.

Mit Ausnahme der Pensionszusagen aus Gehaltsumwandlung wird der Erfüllungsbetrag gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB mit der Projected-Unit-Credit-Methode berechnet und gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit dem korrespondierenden Deckungsvermögen verrechnet. Der gemäß § 253 Abs. 2 HGB verwendete und zum Bilanzstichtag auf Basis der Marktverhältnisse zum 31. Oktober 2016 prognostizierte und erstmalig verwendete durchschnittliche Rechnungszins der vergangenen zehn Geschäftsjahre, bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren, beträgt 4,00 %. Der Unterschiedsbetrag zum bisherigen Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren wird in den Erläuterungen zur Bilanz angegeben.

Darüber hinaus werden folgende Bewertungsparameter bei der Berechnung berücksichtigt:

Grundsätzlich wird davon ausgegangen, dass die Versorgungsberechtigten die Betriebsrente mit dem frühest möglichen Bezug einer Vollrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung beziehen. Falls in der Pensionszusage ein früheres Pensionierungsalter vereinbart ist, so wird dieses Pensionierungsalter bei der Bewertung berücksichtigt.

Für die Ausscheideursache Fluktuation wird eine Wahrscheinlichkeit von 1,30 % bei Männern und 1,00 % bei Frauen angesetzt. Der Gehaltstrend inklusive einer Karrierekomponente fließt mit 2,50 % ein. Falls die Pensionszusage eine garantierte Rentenanpassung enthält, wird diese berücksichtigt. Die übrigen Pensionszusagen werden mit einem Rententrend von 2,00 % bewertet.

Für kongruent rückgedeckte Pensionszusagen durch Gehaltsumwandlung erfolgt die Verrechnung mit dem Aktivwert der Rückdeckungsversicherung.

Der Effekt aus einer Änderung des Diskontierungszinssatzes wird im Sonstigen Ergebnis ausgewiesen. Erträge daraus werden mit entsprechenden Aufwendungen verrechnet.

Das im Jahr 2010 aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) ausgeübte Wahlrecht nach Art. 67 Abs. 1 EGHGB, die erforderliche Zuführung zu den Pensionsrückstellungen auf maximal 15 Jahre zu verteilen, wird weiterhin in Anspruch genommen. Im Geschäftsjahr 2016 wird erneut ein Zehntel zugeführt.

• **Steuerrückstellungen**

Die Steuerrückstellungen werden nach ihrer voraussichtlichen Inanspruchnahme ermittelt.

• **Sonstige Rückstellungen**

1. Rückstellungen für Jubiläumsgeldzusagen

Die Bewertung der Rückstellungen für Jubiläumsgeldzusagen erfolgt nach § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB mit Ausnahme des Rechnungszinses analog zur Pensionsrückstellungsermittlung. Als Rechnungsgrundlagen werden die biometrischen Grundwerte aus den Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck verwendet. Der Bewertung liegt der von der Deutschen Bundesbank veröffentlichte Rechnungszins mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren zugrunde. Zum Bilanzstichtag wird ein auf Basis der Marktverhältnisse zum 31. Oktober 2016 prognostizierter durchschnittlicher Rechnungszins der vergangenen sieben Geschäftsjahre von 2,83 % verwendet.

2. Rückstellungen für Altersteilzeit

Die Bewertung der Rückstellungen für Altersteilzeit erfolgt nach § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB. Als Rechnungsgrundlagen werden die biometrischen Grundwerte aus den Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck verwendet. Dabei ergibt sich der Erfüllungsbetrag aufgrund der versicherungsmathematisch diskontierten Gehaltszahlungen in der Freistellungsphase. Die Rückstellung beinhaltet außerdem den Arbeitgeberbeitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung sowie den tariflichen Aufstockungsbetrag. Der Gehaltstrend inklusive einer Karrierekomponente fließt mit 2,50 % ein. Der Bewertung liegt der von der Deutschen Bundesbank veröffentlichte Rechnungszins mit einer Restlaufzeit von 3 Jahren zugrunde. Zum Bilanzstichtag wird ein auf Basis der Marktverhältnisse zum 31. Oktober 2016 prognostizierter durchschnittlicher Rechnungszins der vergangenen sieben Geschäftsjahre von 1,80 % verwendet.

Zur Insolvenzsicherung der Wertguthaben aus Altersteilzeitverpflichtungen gem. § 8a Altersteilzeitgesetz dient eine Bankbürgschaft.

3. Übrige Rückstellungen

Die übrigen Rückstellungen werden nach § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB mit ihren Erfüllungsbetrag angesetzt und – soweit die Laufzeiten mehr als ein Jahr betragen – gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem der Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Andere Verbindlichkeiten

Die Passivierung wird mit den Erfüllungsbeträgen vorgenommen. Alle Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Vorausgezahlte Zinsen und Mieten werden zeitanteilig, die Disagiobeträge aus Namensschuldverschreibungen werden nach der Effektivzinsmethode ermittelt.

Passive latente Steuern

Latente Steuern werden nicht ausgewiesen, da der bestehende Aktivüberhang in Ausübung des Wahlrechts des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB bilanziell nicht angesetzt wird.

Erläuterungen zur Bilanz zum 31. Dezember 2016

Aktivseite

	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
A. Immaterielle Vermögensgegenstände	2.471	2.716
Software	1.781	2.691
Geleistete Anzahlung auf Software	690	25

Die planmäßigen linearen Abschreibungen auf Software betragen für das abgelaufene Geschäftsjahr 963 TEUR. Bei den geleisteten Anzahlungen auf Software handelt es sich um noch in der Entwicklung befindliche Individualsoftware.

	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
B. Kapitalanlagen	384.272	371.326
B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	7.413	7.953

Es handelt sich um das eigengenutzte Verwaltungsgebäude der DEURAG, Abraham-Lincoln-Str. 3 in Wiesbaden, sowie ein Parkdeck, Abraham-Lincoln-Str. 5 in Wiesbaden. Die Zeitwerte der Grundstücke werden nach dem Ertragswertverfahren bzw. anhand der (fortgeführten) Anschaffungskosten ermittelt und betragen zusammen 9.318 TEUR.

	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
B. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	291	255

Die Bilanzposition besteht mit 50 TEUR aus Anteilen an verbundenen Unternehmen. Diese bestehen zum 31. Dezember 2016 an folgenden Gesellschaften:

	BETEILIGUNGSANTEIL %	EIGENKAPITAL 2016 TEUR	ERGEBNIS 2016 TEUR
ITC Consult GmbH, Wiesbaden	100,00	25	59
RSS Rechtsschutz-Service GmbH, Wiesbaden	100,00	25	41

Mit der ITC Consult GmbH besteht ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag. Der Zeitwert der Gesellschaft entspricht 555 TEUR.

Mit der RSS Rechtsschutz-Service GmbH besteht ebenfalls ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag. Der Zeitwert der Gesellschaft entspricht 386 TEUR.

In der Bilanzposition weiterhin enthalten sind Ausleihungen an verbundene Unternehmen von 241 TEUR. Es handelt sich um eine Ausleihung an die ITC Consult GmbH.

	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
B. III. Sonstige Kapitalanlagen	376.569	363.118

Der Buchwert der **Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere** beträgt 108.436 TEUR. Es handelt sich um zwei Sondervermögen, die auf die Bedürfnisse der DEURAG als den alleinigen Investor ausgerichtet sind, sowie um die Beteiligung an einem AIF-Sondervermögen. Ihre Zeitwertermittlung erfolgt anhand von Börsenkurswerten bzw. Rücknahmewerten am Bilanzstichtag. Der Zeitwert beträgt danach 113.712 TEUR. Die Erträge der Fonds belaufen sich auf insgesamt 4.564 TEUR. Hiervon entfallen 3.683 TEUR auf den Fonds „HANSA ALR“, bei dem es sich um einen gemischten Aktien- und Rentenfonds handelt. 716 TEUR entfallen auf den reinen Rentenfonds „HANSA recht“ und weitere 165 TEUR entfallen auf das AIF-Sondervermögen „HANSA real 2“, bei dem es sich um einen geschlossenen Immobilienfonds handelt. Die Anteile der Fonds können börsentäglich zurückgegeben werden.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere belaufen sich auf einen Buchwert von 43.599 TEUR. Ihr Zeitwert beträgt 46.863 TEUR und entspricht den jeweiligen Börsenkursen.

Namenschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sind mit einem Buchwert (ohne Berücksichtigung von Agio und Disagio) von 202.218 TEUR bewertet. Der Zeitwert wird anhand von Zinsstrukturen und aktuellen Ratings ermittelt und beträgt zum Bilanzstichtag 227.212 TEUR.

Einlagen bei Kreditinstituten sind mit den Nominalbeträgen angesetzt. Diese entsprechen dem Zeitwert in Höhe von 22.300 TEUR.

Bei den **anderen Kapitalanlagen** handelt es sich um Genossenschaftsanteile in Höhe von 16 TEUR. Der Buchwert entspricht dem Zeitwert.

	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
C. Forderungen	6.822	5.600
C. I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an	5.359	3.576
1. Versicherungsnehmer	5.262	3.475
2. Versicherungsvermittler	97	101

Von den Forderungen an Versicherungsnehmer wird eine Pauschalwertberichtigung für das latente Ausfallrisiko in Höhe von 771 TEUR abgesetzt (Vorjahr 738 TEUR).

Forderungen an Versicherungsvermittler werden durch Einzelwertberichtigungen in Höhe der mutmaßlichen Ausfälle vermindert.

	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
C. II. Sonstige Forderungen	1.463	2.025
davon aus Steuern	870	845
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	0	9
davon sonstige Forderungen	593	1.171

Der Ansatz sämtlicher Forderungen erfolgt mit den Nominalbeträgen.

	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
D. Sonstige Vermögensgegenstände	3.608	5.095
D. I. Sachanlagen und Vorräte	315	320
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	274	291
2. Vorräte	41	29

Die **Sachanlagen** werden linear abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit einem Nettowert von über 150 EUR bis 410 EUR werden sofort voll abgeschrieben.

Der Bestand an **Vorräten** wird durch körperliche Aufnahme und das Führen von Zu- und Entnahmelisten ermittelt.

	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
D. II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	3.293	4.775

Die Bewertung erfolgt zum Nennwert.

	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
E. Rechnungsabgrenzungsposten	3.707	4.081

Es handelt sich hier vor allem um noch nicht fällige Zinsen auf Kapitalanlagen und Agiobeträge, die in Abhängigkeit von den jeweiligen Restforderungen auf die Laufzeit verteilt werden.

Passivseite

	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
A. Eigenkapital	59.968	59.872
A. I. Gezeichnetes Kapital	29.093	29.093

Das gezeichnete Kapital ist in 29.093.000 Aktien zu jeweils 1,00 EUR aufgeteilt. Eigene Aktien besitzt die Gesellschaft nicht.

	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
A. II. Kapitalrücklage	9.732	9.732
A. III. Gewinnrücklage		
1. Gesetzliche Rücklage	205	205
2. Andere Gewinnrücklagen	20.772	20.572
A. IV. Bilanzgewinn	167	270

Die Hauptversammlung am 29. April 2016 folgte dem Gewinnverwendungs-vorschlag und beschloss, vom Bilanzgewinn 2015 einen Betrag von 200 TEUR den anderen Gewinnrücklagen zuzuführen.

Vom Bilanzgewinn 2016 sollen gemäß Gewinnverwendungs-vorschlag 100 TEUR den anderen Gewinnrücklagen zugeführt werden.

	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
B. Nachrangige Verbindlichkeiten	10.000	0

Im Geschäftsjahr bestehen nachrangige Verbindlichkeiten im Rahmen eines Darlehens gegenüber dem verbundenen Unternehmen SIGNAL IDUNA Allgemeine Versicherung AG, Dortmund. In 2016 sind 13 TEUR an Zinsaufwendungen für das nachrangige Darlehen angefallen.

	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
C. Versicherungstechnische Rückstellungen	312.222	309.313

Die versicherungstechnischen Rückstellungen werden nach handelsrechtlichen Erfordernissen gebildet. In allen Fällen wird dabei berücksichtigt, dass die dauernde Erfüllbarkeit der eingegangenen Verpflichtungen sichergestellt ist.

	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
C. I. Beitragsüberträge	40.372	39.221

Die Beitragsüberträge für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft werden nach der 1/360 Methode unter Berücksichtigung unterjähriger Zahlungsweisen errechnet. Die Ermittlung der nicht übertragsfähigen Einnahmeteile wird entsprechend dem BMF-Schreiben vom 30. April 1974 vorgenommen.

	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
C. II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	271.547	269.806

Im abgelaufenen Geschäftsjahr ergibt sich aus der Brutto-Schadenrückstellung ein Abwicklungsgewinn von 51 TEUR (Vorjahr 11.534 TEUR). Die Rückstellungsquote (Rückstellung zu verdienten Brutto-Beiträgen) ist gegenüber dem Vorjahr um 6,6 %-Punkte auf 156,6 % gesunken (Vorjahr 163,2 %).

	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
C. III. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	303	286

Es handelt sich in Höhe von 303 TEUR (Vorjahr 286 TEUR) um die Stornorückstellung für Beitragsausfälle. Die Ermittlung erfolgt aufgrund von Erfahrungswerten der Vergangenheit.

	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
D. Andere Rückstellungen	9.567	11.015
D. I. Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	2.772	3.784

Der Zuführungsbedarf, der sich durch die Umstellung der Bewertungsmethodik am 1. Januar 2010 ergibt, wird gemäß Artikel 67 EGHGB zum 31. Dezember 2016 zu sieben Zehntel in Höhe von 373 TEUR berücksichtigt. Der in der Bilanz zum 31. Dezember 2016 noch nicht berücksichtigte Zuführungsbetrag beläuft sich auf 160 TEUR.

Der erstmalig ermittelte Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Rückstellungen für Pensionen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren und dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren beträgt zum Bilanzstichtag 346 TEUR.

Für arbeitnehmerfinanzierte Pensionszusagen erfolgt im Geschäftsjahr eine Saldierung von Planvermögen und Pensionsverpflichtungen nach § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB. Die Anschaffungskosten und der beizulegende Zeitwert des verrechneten Deckungsvermögens belaufen sich zum 31. Dezember 2016 auf 990 TEUR. Der Zeitwert entspricht dem Aktivwert der Rückdeckungsversicherung. Der Erfüllungsbetrag der verrechneten Pensionsverpflichtungen beträgt zum 31. Dezember 2016 ebenfalls 990 TEUR.

	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
D. II. Steuerrückstellungen	0	110

Es handelt sich im Geschäftsjahr 2015 um die Rückstellung für die Lohnsteuerprüfung.

	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
D. III. Sonstige Rückstellungen	6.795	7.121
davon Rückstellungen für personelle Aufwendungen	5.479	5.973
davon Rückstellungen für Folgeprovisionen	590	423
davon übrige Rückstellungen	726	725

Der Umfang der sonstigen Rückstellungen richtet sich nach dem voraussichtlichen Bedarf. Die Rückstellungen für personelle Auf-

wendungen beinhalten unter anderem eine Restrukturierungsrückstellung sowie die Rückstellungen für Mitarbeiterjubiläen und Altersteilzeit, die nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt werden.

Alle Rückstellungen haben eine Laufzeit bis zu einem Jahr.

	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
E. Andere Verbindlichkeiten	9.101	8.593
E. I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft	4.482	4.262
davon gegenüber Versicherungsnehmern	1.319	1.239
davon gegenüber Versicherungsvermittlern	3.163	3.023

Die Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungsvermittlern beinhalten Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 159 TEUR (Vorjahr 223 TEUR).

	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
E.II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3	0

Es handelt sich hierbei um Verwahrtgelte der HSH Nordbank.

	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
E. III. Sonstige Verbindlichkeiten	4.616	4.331
davon aus Steuern	2.916	2.774
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	29	41
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	1.152	914
davon übrige Verbindlichkeiten	519	602

	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
F. Rechnungsabgrenzungsposten	22	25

Es handelt sich hierbei um Disagiobeträge aus Kapitalanlagen. Die Disagiobeträge werden kapital- und laufzeitanteilig vereinnahmt.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

I. Versicherungstechnische Rechnung

1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung

	2016 TEUR	2015 TEUR
Gebuchte Bruttobeiträge	174.529	166.044
Veränderung der Beitragsüberträge	– 1.150	– 708
Verdiente Bruttobeiträge	173.379	165.336
Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	0	0
Verdiente Nettobeiträge	173.379	165.336

Die gebuchten Bruttobeiträge wurden ausschließlich im Inland erwirtschaftet.

2. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung

In diesem Posten sind im Wesentlichen vom Versicherungsnehmer gezahlte Mahngebühren enthalten.

3. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung

In 2016 belaufen sich die Aufwendungen für Versicherungsfälle auf 134.198 TEUR und liegen um 11.205 TEUR über den Vorjahresaufwendungen von 122.993 TEUR. Von diesen Aufwendungen entfallen 1.741 TEUR auf die Stärkung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle (Vorjahr 3.751 TEUR) und 132.457 TEUR auf Schadenszahlungen (Vorjahr 119.242 TEUR). Trotz der positiven Beitragsentwicklung hat sich die bilanzielle Brutto-Schadenquote aufgrund der höheren Schadenszahlungen von 74,4 % um 3,0 %-Punkte auf 77,4 % erhöht.

4. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb betragen insgesamt 54.742 TEUR (Vorjahr 54.707 TEUR). Hiervon entfallen auf den Abschluss von Versicherungsverträgen 31.741 TEUR (Vorjahr 32.111 TEUR) und auf die Verwaltung von Versicherungsverträgen 23.001 TEUR (Vorjahr 22.596 TEUR).

5. Rückversicherungssaldo

Aktuell betreibt die DEURAG kein Rückversicherungsgeschäft. Da auch aus früheren Rückversicherungsverträgen keine Erträge zu realisieren waren, beträgt der Rückversicherungssaldo 0 EUR.

6. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung

Unsere Gesellschaft betreibt ausschließlich das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft. Das hieraus resultierende versicherungstechnische Ergebnis beträgt -15.323 TEUR nach -12.050 TEUR im Vorjahr.

II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

1. Erträge aus Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagenerträge betragen 17.403 TEUR gegenüber 17.677 TEUR im Vorjahr. In den Erträgen des Geschäftsjahres sind erhöhte Ausschüttungen aus Sondervermögen mit 4.564 TEUR (Vorjahr 5.189 TEUR) sowie Abgangsgewinne mit 3.323 TEUR (Vorjahr 2.645 TEUR) enthalten.

2. Aufwendungen für Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagenaufwendungen belaufen sich auf 1.080 TEUR (Vorjahr 784 TEUR). Davon entfallen auf Kosten der Vermögensverwaltung 491 TEUR (Vorjahr 468 TEUR). Die Abschreibungen auf Gebäude betragen 579 TEUR (Vorjahr 277 TEUR), hiervon entfallen auf eine außerplanmäßige Abschreibung auf das Parkdeck der DEURAG, Abraham-Lincoln-Str. 5 in Wiesbaden, 300 TEUR. Verluste aus dem Abgang von Inhaberschuldverschreibungen sind 2016 nicht zu verzeichnen (Vorjahr 39 TEUR).

3. Sonstige Erträge

	2016 TEUR	2015 TEUR
Erträge aus Dienstleistungen für Dritte	1.644	1.677
Erträge aus abgeschriebenen Forderungen	92	67
Zinserträge	89	71
Übrige Erträge	256	478
	2.081	2.293

4. Sonstige Aufwendungen

	2016 TEUR	2015 TEUR
Aufwendungen aus Dienstleistungen für Dritte	1.521	1.470
Aufwendungen für interne Projekte	504	1.495
Aufwendungen für das Unternehmen als Ganzes	361	527
Zinsaufwendungen	178	489
Rückstellung für Strukturreform	132	2.470
Abschreibungen auf übrige Vermögenswerte	65	0
Übrige Aufwendungen	292	304
	3.053	6.755

5. Außerordentliche Aufwendungen

Die außerordentlichen Aufwendungen von 53 TEUR (Vorjahr 53 TEUR) entfallen auf Anpassungen der Pensionsrückstellung aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG).

Entwicklung der Aktivposten A und B im Geschäftsjahr 2016

Aktivposten	BILANZWERTE	ZUGÄNGE	UMBUCHUNGEN
	VORJAHR TEUR	TEUR	TEUR
A. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	2.691	35	19
2. Geleistete Anzahlungen	25	683	-
3. Summe A.	2.716	718	0
B I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	7.953	38	0
B II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	50	0	0
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	205	100	0
3. Summe B II.	255	100	0
B III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	103.436	5.000	0
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	32.185	25.983	0
3. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	156.737	7.660	0
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	63.844	2.004	0
4. Einlagen bei Kreditinstituten	6.900	15.400	0
5. Andere Kapitalanlagen	16	0	0
6. Summe B III.	363.118	56.047	0
insgesamt	374.042	56.903	0

	ABGÄNGE	ZUSCHREIBUNGEN	ABSCHREIBUNGEN	BILANZWERTE	ZEITWERTE
	TEUR	TEUR	TEUR	GESCHÄFTSJAHR	GESCHÄFTSJAHR
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
	0	0	- 963	1.782	1.782
	0	0	0	689	689
	0	0	- 963	2.471	2.471
	0	0	- 579	7.412	9.318
	0	0	0	50	941
	- 64	0	0	241	241
	- 64	0	0	291	1.182
	0	0	0	108.436	113.712
	- 14.569	0	0	43.599	46.863
	- 21.000	0	0	143.397	162.187
	- 7.027	0	0	58.821	65.025
	0	0	0	22.300	22.300
	0	0	0	16	16
	- 42.596	0	0	376.569	410.103
	- 42.660	0	- 1.542	386.743	423.074

Sonstige Angaben

Anzahl der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Arbeitnehmer (Mitarbeiterkapazität)

	2016	2015
Innendienst	132	135
Angestellter Außendienst	20	22
Insgesamt	152	157

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	2016 TEUR	2015 TEUR
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungs- vertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	37.052	35.746
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	22	5
3. Löhne und Gehälter	10.610	10.984
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	1.747	1.758
5. Erträge / Aufwendungen für Altersversorgung	– 757	261
6. Aufwendungen insgesamt	48.674	48.754

Gesamtbezüge des Vorstandes und des Aufsichtsrates

Die Gesamtbezüge des Vorstandes belaufen sich auf 655.403 EUR, der im Ruhestand befindlichen Vorstandsmitglieder bzw. deren Angehörige auf 126.900 EUR. Die Pensionsrückstellungen für ehemalige Vorstandsmitglieder betragen 868.012 EUR. Die Bezüge des Aufsichtsrates belaufen sich auf 15.867 EUR.

Gesamthonorar des Abschlussprüfers

Auf die Angaben über das von dem Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar gemäß § 285 Nr.17 HGB wird verzichtet, da die Angaben im Konzernabschluss der IDUNA Vereinigte Lebensversicherung aG für Handwerk, Handel und Gewerbe enthalten sind.

Beteiligungen

Die SIGNAL IDUNA Allgemeine Versicherung AG, Dortmund, hält 100 % der Anteile an unserem Unternehmen und hat uns die entsprechende Mitteilung gemäß § 20 Abs. 4 AktG gemacht.

Transaktionen mit nahe stehenden Unternehmen und Personen

Im Berichtszeitraum wurden mit nahe stehenden Unternehmen und Personen keine Geschäfte zu marktüblichen Konditionen im Sinne des § 285 Satz 1 Nr. 21 HGB getätigt.

Nachtragsbericht

Es haben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres ereignet. Die bisherige Geschäftsentwicklung im laufenden Geschäftsjahr entspricht unseren Erwartungen und Planungen.

Konzernabschluss

Wir sind ein abhängiges Unternehmen von der SIGNAL IDUNA Allgemeine Versicherung AG, Dortmund. Gemäß § 290 HGB ist unser Unternehmen in den Konzernabschluss der IDUNA Vereinigte Lebensversicherung aG für Handwerk, Handel und Gewerbe, Hamburg, einzubeziehen. Der Konzernabschluss wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht. Die DEURAG ist daher gem. § 291 Abs. 1 HGB von der Pflicht zur Aufstellung eines eigenen Konzernabschlusses befreit.

Wiesbaden, den 7. März 2017

DEURAG
Deutsche Rechtsschutz-Versicherung AG

Der Vorstand

Thorsten Finke

Arndt A. Stange

Dr. Thomas Wolf

Organe

Aufsichtsrat

Dipl.-Kfm. Dr. Stefan Kutz
Vorstandsmitglied
SIGNAL IDUNA Gruppe
Dortmund
Vorsitzender

Ulrich Scheele
Generalbevollmächtigter Vertriebs-
entwicklung / Freie Vertriebe
SIGNAL IDUNA Gruppe
Arnsberg
Stellvertretender Vorsitzender

Jörg Krieger
Bereichsleiter Kraftfahrt, Unfall Produkt-
management, Betrieb, Underwriting
SIGNAL IDUNA Gruppe
Dortmund

Karsten Kronberg
Vorstandsmitglied
MÜNCHENER VEREIN Versicherungsgruppe
Erding
(bis 29. April 2016)

Christiane Rabe
Abteilungsdirektorin
SIGNAL IDUNA Gruppe
Dortmund
(seit 29. April 2016)

Von den Arbeitnehmern gewählt:

Rene Clemens
Versicherungsangestellter
Berlin

Achim Kaiser
Angestellter RSS Rechtsschutz-Service GmbH
Mainz

Vorstand

Thorsten Finke
Direktor
Hamburg

Arndt A. Stange
Direktor
Schlangenbad
(seit 1. Juli 2016)

Dr. Thomas Wolf
Direktor
Wiesbaden

Abschlussprüfer

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Düsseldorf

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der DEURAG Deutsche Rechtsschutz-Versicherung Aktiengesellschaft, Wiesbaden, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstandes der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichende sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 4. April 2017

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Michael Peters
Wirtschaftsprüfer

ppa. Kristina Stiefel
Wirtschaftsprüferin

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat während des Berichtsjahres seine nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen.

Er hat sich insbesondere vom Vorstand während des Geschäftsjahres regelmäßig über die Geschäftsentwicklung, die Risiken und die finanzielle Situation des Unternehmens sowie über die Lage der Gesellschaft schriftlich und mündlich unterrichten lassen und die Geschäftsführung des Vorstandes überwacht. In seinen Sitzungen informierte sich der Aufsichtsrat eingehend über die geschäftlichen Aktivitäten des Unternehmens und fasste die notwendigen Beschlüsse.

Der Aufsichtsrat konnte sich durch seine Prüfungen von der ordnungsgemäßen Geschäftsführung des Vorstandes überzeugen.

Der Abschlussprüfer, die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, hat den Jahresabschluss und den Lagebericht zum 31. Dezember 2016 geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der vom Vorstand für das Geschäftsjahr 2016 vorgelegte Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gemäß § 312 AktG ist ebenfalls geprüft worden. Der Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers hat folgenden Wortlaut:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichtes richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Der Aufsichtsrat hat die Prüfungsberichte zur Kenntnis genommen und stimmt dem Ergebnis der Prüfungen zu.

Der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Bericht des Vorstandes über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen lagen dem Aufsichtsrat vor und sind von ihm geprüft worden. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung sind Einwendungen nicht zu erheben. Dies gilt auch für die Erklärungen des Vorstandes im Lagebericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss gebilligt, der damit festgestellt ist, und schließt sich dem Vorschlag des Vorstandes über die Verwendung des Bilanzgewinnes an.

Dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gilt der Dank des Aufsichtsrates für die im Jahre 2016 geleistete Arbeit.

Dortmund, den 2. Mai 2017

Der Aufsichtsrat

Dr. Stefan Kutz

Vorsitzender



DEURAG
Deutsche Rechtsschutz-
Versicherung AG
Abraham-Lincoln-Straße 3
65189 Wiesbaden
info@deurag.de
www.deurag.de

Handelsregister Wiesbaden
HRB 3995

Ein Unternehmen der
SIGNAL IDUNA Gruppe

SIGNAL IDUNA Gruppe
Hauptverwaltung Dortmund
Joseph-Scherer-Straße 3
44139 Dortmund

Hauptverwaltung Hamburg
Neue Rabenstraße 15-19
20354 Hamburg